

Antrag

der AfD-Fraktion

Schutz der Biodiversität im Landeswald ohne großräumige Flächenstilllegungen

Der Landtag stellt fest:

Seit 2022 werden von der Landesregierung Brandenburg verstärkt Flächen im Landeswald ermittelt, die sich potenziell für eine zukünftige natürliche Waldentwicklung ohne forstliche Bewirtschaftung eignen.¹ Hintergrund dieser Projekte ist das im aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung Brandenburg formulierte Ziel, die Nationale Biodiversitätsstrategie (NBS) des Bundes in Brandenburg umzusetzen. Zwar war für den Wald auf Bundesebene in der ursprünglichen Fassung der NBS von 2007 ein Ziel von fünf Prozent der Waldfläche für eine natürliche Waldentwicklung bzw. zum Schutz der Biodiversität vorgesehen.² Allerdings wird von der aktuellen Landesregierung Brandenburg im Fall des Waldes in öffentlicher Hand in Übereinstimmung mit dem Vorgehen anderer Bundesländer (bspw. Niedersachsen³) für die natürliche Waldentwicklung inzwischen ein Flächenanteil von zehn Prozent anvisiert. Grund dafür ist, dass das Fünf-Prozent-Ziel im Privatwald kaum zu realisieren sein dürfte. Im Bereich des Landesbetriebes Forst Brandenburg (LFB) entspricht diese Verdoppelung von fünf auf zehn Prozent einer Fläche von ca. 13 000 Hektar.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass im Landeswald keine Forstbestände über das ursprüngliche NBS-Ziel von fünf Prozent hinausgehend aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der NBS nicht um ein Gesetz, sondern lediglich um eine strategische Absichtserklärung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) handelt.
2. sich dafür einzusetzen, die Entwicklung der im Rahmen des Fünf-Prozent-Ansatzes aus der Nutzung genommenen Bestände systematisch waldwachstumskundlich zu analysieren, um die Möglichkeiten der wirtschaftlichen bzw. waldbaulichen Zielsetzung auf den weiter bewirtschafteten Flächen unter den Bedingungen klimatischer Änderungen fundiert beurteilen zu können. Zu diesem Zweck soll eine möglichst umfassende Standortamplitude berücksichtigt werden.

¹ Vgl. „Brandenburg will weitere 30.000 ha Wildnisflächen“, in: *Holz-Zentralblatt* Nr. 22 vom 03.06.2022, S. 346.

² Vgl. „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt - Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007“, in: http://www.biologische-vielfalt.de/fileadmin/NBS/documents/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf, S. 31, abgerufen am 05.01.2023.

³ Vgl. „Natürliche Waldentwicklung in Niedersachsen (NWE10) - Ein Beitrag zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“, in: https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/wald_holz_jagd/walder_fur_niedersachsen/natuerliche-waldentwicklung-in-niedersachsen-131754.html, abgerufen am 05.01.2023.

3. bis zum Ende der Legislaturperiode eine Studie vorzulegen, aus der bezüglich geeigneter botanischer und faunistischer Indikatoren hervorgeht, wie sich die tendenzielle Entwicklung des Landeswaldes in Brandenburg hin zu älteren und strukturreicheren Beständen in den letzten 20 Jahren auf die Biodiversität ausgewirkt hat.
4. im Rahmen dieser Studie Vorschläge für weitergehende qualitative Maßnahmen zum integrativen Schutz der Biodiversität im Landeswald auszuarbeiten (bspw. optimierte Anordnung von Habitatbäumen und kleinflächigen Altholzinseln).

Begründung:

Die von der Landesregierung im Vergleich zum ursprünglichen NBS-Ansatz von 2007 geplante Verdoppelung der für eine natürliche Waldentwicklung vorgesehenen Fläche von fünf auf zehn Prozent im Landeswald (ca. 13 000 Hektar) stellt den Ansatz der multifunktionalen Forstwirtschaft in unverhältnismäßiger Art und Weise infrage. Überzogene Nutzungsverbote beeinträchtigen dabei den zentralen Zukunftsansatz, in Brandenburg regionale Rohstoffe und Wertschöpfungsketten als ökologische Schlüsselgrößen zu fördern und auszubauen.

Problematisch ist dabei insbesondere, dass mit der Stilllegungs-Politik der aktuellen Landesregierung der seit Jahren zu beobachtende, dem linksgrünen „Zeitgeist“ geschuldete Trend weiter verstärkt würde, die Balance der Waldfunktionen (Ökonomie, Ökologie, Sozialfunktion) zugunsten eines immer weiter gehenden Nutzungsverzichts infrage zu stellen. Zielkonflikte zwischen dem verstärkten Einsatz von Holz als Rohstoff auf der einen sowie der Stilllegung von Forstbeständen auf der anderen Seite werden offenbar nicht verstanden oder sogar bewusst ideologisch instrumentalisiert. Es ist bspw. nicht konsistent, einerseits den verstärkten Einsatz von Holz im Bauwesen zu fordern und sich gleichzeitig für die großflächige Stilllegung von bislang erfolgreich bewirtschafteten, naturgemäß entwickelten Forstbeständen einzusetzen. Darüber hinaus wäre es nicht akzeptabel, wenn die geplanten großflächigen Flächenstilllegungen zukünftig dazu genutzt werden sollten, sich des Problems der Überalterung der Personalstruktur des LFB zu entledigen - ein von den Altparteien verschuldetes Problem, das trotz der aktuellen Forstreform noch längerfristig fortbestehen wird.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Waldumbau ist darüber hinaus zu bedenken, dass „Nichtstun“ gerade im Fall vieler strukturarmer Kiefernbestände nicht unbedingt zum Wunschbild einer „idealen Wildnis“ führt. Eine Waldentwicklung erfolgt zwar fast überall auf natürliche Weise, bspw. im Fall der Wiederbewaldung der „Wildnisfläche“ auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Jüterbog (trotz des Wildbestandes). Jedoch ist die Entwicklung von „Wildnis“ vor allem dann keine empfehlenswerte Option, wenn auf diese Weise die gewünschte vielfältige Baumartenmischung nicht erreicht werden kann.

Statt eine über das Fünf-Prozent-Ziel hinausgehende Einrichtung von „Wildnisgebieten“ auf den Weg zu bringen, sollte der Schutz der Biodiversität im Landeswald vorrangig auf ganzer Fläche im Rahmen eines integrativen, multifunktionalen Ansatzes weiterentwickelt bzw. möglichst optimiert werden. Neben dem Schutz bestimmter Biotope ist dabei vor allem an Habitatbäume, liegendes und stehendes Totholz sowie an gezielt zu fördernde Altholzinseln zu denken. Darüber hinaus sollten verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung von stufigen, strukturreichen und artenreichen Waldrändern unternommen werden.